

Name, Anschrift, Rechtsform des Antragstellers

Ort, Datum  
Auskunft erteilt:  
Tel.:  
Fax:  
E-Mail:

An die  
Hansestadt Stendal  
Bauamt/Stadtumbau und Sanierung  
Moltkestraße 34 – 36  
39576 Hansestadt Stendal

Bankverbindung:  
Konto-Nr.:  
BLZ:  
IBAN:  
BIC-Code:

**Antrag auf Gewährung von Zuwendungen gemäß Abschnitt A Nr. 2 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b dieser Richtlinien zum Rückbau dauerhaft leerstehender Wohnungen in nach Stadtentwicklungskonzepten umzustrukturierenden Stadtteilen/Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität <sup>1)</sup>**

**Fördergebiet:** .....

**Es werden Zuwendungen beantragt in Höhe von:**  
  
**Rückbau**  
Abschnitt D Nr. 4 Abs. 1 Buchst. d ..... Euro  
dieser Richtlinien

**Benennung und Beschreibung der Maßnahme:**  
(Ort, Lage, Anzahl der rückzubauenden Wohneinheiten (WE), Größe der rückzubauenden Wohnfläche m<sup>2</sup>)  
  
Ort/Objekt : Wohngebiet.....  
Lage : ..... – Straße Nr. ....  
WE : .....  
m<sup>2</sup> : .....

**Durchführungszeitraum:**  
  
von: ..... bis: .....

**Gesamtkosten der Maßnahme:**  
(laut beiliegendem Kostenvoranschlag, Kostengliederung ...)

<sup>1)</sup> Die Anträge sind vom Letztempfänger unter Verwendung dieses Antragsformulars nur an die zuständige Gemeinde zu richten.

**Fälligkeit der Zuwendung**

Die beantragten Mittel werden benötigt (Darstellung der Rückbauplanung):			
Jahr	Wohnfläche m <sup>2</sup>	Anzahl der Wohneinheiten	Euro
20..			
20..			
20..			
20..			
20..			
und folgende			

 **Finanzierungsplan**

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit				
	20..	20..	20..	20..	20..
	in Euro				
Gesamtkosten					
Eigenanteil					
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)					
Beantragte/be- willigte* öffentliche Förderung (ohne die hier beantragte Zuwendung) durch	- Bund				
	- Land				
	- Landkreis				
Beantragte Zuwendung					

\* Falls noch **kein** Bewilligungsbescheid vorliegt, ist anzugeben, ob und aufgrund welcher rechtsverbindlichen Vereinbarung oder Zusage die Zuweisung oder der Zuschuss zu erwarten ist.

 **Begründung**

Zur Notwendigkeit der Maßnahme (vor allem fehlendes Nutzungsinteresse an dem Wohngebäude, Standort, Konzeption und Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, alternative Möglichkeiten, spätere Nutzung)

**Erklärungen**

Der Antragsteller erklärt, dass

1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
2. er zum Vorsteuerabzug
  - nicht berechtigt ist,
  - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
3. die Angaben in diesem Antrag (und in den Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind sowie die beantragte Zuwendung sich nur auf zuwendungsfähige Ausgaben gemäß diesen Richtlinien bezieht,
4. er die folgenden Unterlagen zur Kenntnis genommen hat und sie - soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt - als verbindlich anerkennt:
  - a) Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk)
  - b) Baufachliche Nebenbestimmungen (NBestBau) – Anlage 1 – ZBau –
  - c) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21.7.2014 (BGBl. I S. 1066)
  - d) Vergabevorschriften des Bundes (Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes - VHB - )
  - e) Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung in der jeweils für das Städtebauförderungsprogramm geltenden Fassung
  - f) die Anwendung von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.4.2014 (BGBl. I S. 410), § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA) vom 9.10.1992 (GVBl. LSA S. 724), §§ 2 bis 6 des Subventionsgesetzes (SubvG) vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037)
  - g) Die Verpflichtung gemäß § 3 SubvG, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind (Die Mitteilung erfolgt gegenüber der Bewilligungsstelle).
  - h) Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszweckes sind insbesondere die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) in den jeweils geltenden Fassungen zu beachten.
  - i) Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die im Antrag gemachten Angaben zur automatischen Berechnung der Zuwendung und zur Abwicklung der Förderung sowie zur Erstellung von Statistiken erfasst, verarbeitet, an beteiligte Dritte übermittelt und bei der Bewilligungsstelle gespeichert werden.

 **Anlagen**

1. Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan
2. Eigentumsnachweise mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart
3. Bauaufsichtliche und sonstige erforderliche Genehmigungen, die – soweit bereits vorhanden – beizufügen sind
4. Kostenberechnung und Wohn- und Nutzflächenberechnung, Kostenvoranschläge
5. Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
6. Bauzeitplan
7. Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung
8. Verzichtserklärung des Grundstückseigentümers oder Letztempfängers der Zuwendung auf planungsrechtliche Entschädigungsansprüche

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Antragstellers

(Name(n) in Druckbuchstaben